



AKTIONSGEMEINSCHAFT
**SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT**

Festrede und Laudatio zur Verleihung der
Alfred Müller-Armack Verdienstmedaille an

Dr. Franz Schoser

Professor Dr. Andreas Rödder

Tendenzwenden

Zur Geschichte des politisch-ökonomischen Denkens in der Bundesrepublik

Bundespräsident a.D.

Professor Dr. Horst Köhler

Auch Wirtschaftskultur lebt von Konstanten




Dr. Franz Schoser
Alfred Müller-Armack Verdienstmedaille
Medaille für die
SPECIAL
MÄRKTLEHRGANG

Verleihung der Alfred Müller-Armack Verdienstmedaille an Dr. Franz Schoser durch den Vorsitzenden des Vorstands der ASM, Professor Dr. Nils Goldschmidt. Links Laudator Professor Dr. Horst Köhler, Bundespräsident a.D.

„Die Soziale Marktwirtschaft ist keine Utopie, sondern eine reale Wirtschaftsordnung.“ Alfred Müller-Armack, 1969

Für Müller-Armack stand fest: Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht ein Ideal, das lediglich aus der Ferne leuchtet, sondern sie ist die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich sowohl konzeptionell als auch im Detail der Fragen annimmt, die auf der politischen und gesellschaftlichen Agenda stehen.

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft hatte am 18. Januar 2016 die große Freude und Ehre, Dr. Franz Schoser mit der Alfred Müller-Armack Verdienstmedaille im Börsensaal der IHK Köln auszuzeichnen. Franz Schoser, langjähriger Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, ist ein Wegbegleiter, Weiterdenker und praktischer Gestalter der Sozialen Marktwirtschaft. Hierin, aber freilich nicht nur hierin, folgt unser Preisträger seinem Doktorvater Müller-Armack: Wissenschaft muss auf Praxis zielen, Soziale Marktwirtschaft muss konkret werden.

Alfred Müller-Armack gehört zu den zentralen Wegbereitern unserer Sozialen Marktwirtschaft. Als Hochschullehrer an der Universität zu Köln und lang-

jähriger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium personifizierte er geradezu idealtypisch die Verbindung von Wissenschaft, Politik und Wirtschaftspolitik. Sein Anliegen war es, das einzulösen, was den Kern der Sozialen Marktwirtschaft ausmacht: wirtschaftliche Freiheit und sozialen Ausgleich miteinander zu verbinden. Ein Bestreben mit einer direkten lebenspraktischen Dimension: Bei wirtschaftspolitischen Fragen geht es auch immer um das gute Leben der Menschen.

Inhaltlich geprägt wurde der Festakt dankenswerterweise durch die Festrede von Professor Dr. Andreas Rödder von der Universität Mainz und die Laudatio von Bundespräsident a.D. Professor Dr. Horst Köhler, die wir Ihnen mit dieser kleinen Broschüre zugänglich machen. Wir wünschen Ihnen viel Lesevergnügen!



Professor Dr. Nils Goldschmidt
Vorsitzender des Vorstands



Professor Dr. Andreas Rödter während seiner Rede „Tendenzwenden“

Tendenzwenden

Zur Geschichte des politisch-ökonomischen Denkens in der Bundesrepublik

Festrede von Professor Dr. Andreas Rödder

I.

Erinnern Sie sich, was Sie am 25. November 1973 getan haben? Wahrscheinlich tun Sie es. Mit etlicher Wahrscheinlichkeit sind Sie auf einer Straße spazieren gegangen, auf der kein Auto fuhr. Die vier autofreien Sonntage im November und Dezember 1973 sind zu einem Erinnerungsort der Deutschen geworden. 1973 markierten sie einen Kulturschock.

Der erste Ölpreisschock und der endgültige Zusammenbruch der Weltwährungsordnung von Bretton Woods erschütterten zwei Pfeiler, die den langen Nachkriegsboom seit den fünfziger Jahren getragen hatten und der nun zu Ende ging: billige Energie und

stabile Währungen. Hohe Wachstumsraten und Vollbeschäftigung wurden abgelöst durch rückläufiges Wachstum und Arbeitslosigkeit, Inflation und wachsende Staatsschulden. Die keynesianischen Instrumente, der Inbegriff des Modernisierungsdenkens und der Steuerungshoffnungen der sechziger Jahre, griffen nicht. Die „Geborgenheit im gesicherten Fortschritt“¹, von der Willy Brandt gesprochen hatte, war erschüttert.

So markierte das Jahr 1973 nicht nur eine ökonomische Zäsur, sondern zugleich eine politisch-kulturelle Tendenzwende, wie eine Konferenz in der Münchener Akademie der Schönen Künste schon 1974 diagnostizierte²: das Ende der Modernisierungsideologie, wie sie sich in den sechziger Jahren etabliert hatte. Gemeint ist damit der Glaube an die uneingeschränkte Möglichkeit, die Welt mit wissenschaftlichen Methoden und durch

¹ Willy Brandt, Ansprache zum Jahreswechsel 1970/71, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1971, Nr. 1, S. 2.

² Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik. Hg. von Clemens Graf Podewils. Stuttgart 1975.

objektive Quantifizierung zu erfassen, die Gegenwart zu gestalten, die Zukunft zu planen und die Wirtschaft zu steuern.

Diese Leitkultur des Rationalismus und des Funktionalismus schlug sich im Konzept der autogerechten Stadt nieder, von der Nord-Süd-Fahrt durch Köln bis zum Autoschalter an der Anfang der siebziger Jahre neu gebauten Volksbank in meiner Heimatstadt Wissen (Sieg), an dem aus dem laufenden Kraftfahrzeug heraus Bank-

Märkischen Viertel in Berlin über Köln-Chorweiler bis München-Neuperlach. Gestaltungsprinzip war eine streng funktionalistische Architektur, wie sie sich in der Ruhr-Universität in Bochum oder dem Aachener Klinikum niederschlug. Dieser Geist wehte auch im Institut für Kybernetik, das die FDP unterhielt – und im Bonner Kanzleramt, als dort 1969 Horst Ehmke einzog und auf der Basis wissenschaftlicher Politikberatung eine computerbasierte Reformplanung auf 15 und mehr Jahre zu implementieren suchte. Und nicht zu vergessen das

Die keynesianischen Instrumente, der Inbegriff des Modernisierungsdenkens der sechziger Jahre, griffen nicht.

geschäfte getätigt werden können sollten. Altstädte fielen zwecks „Funktionsschwächebehebung“ dem Flächenabriss zum Opfer, dafür entstanden Hochhaus-siedlungen an den Peripherien der Innenstädte, vom

politische Kronjuwel dieser Modernisierungsideologie: die keynesianische Globalsteuerung in ihrem Glauben, die Konjunktur durch die Politik beherrschen zu können. 1966, so schien es, hatte das ja auch funktioniert, als

es gelungen war, die erste Konjunkturdelle der Nachkriegszeit zu überwinden. Nun aber, 1973, funktionierte die Globalsteuerung nicht. Im Gegenteil: Arbeitslosigkeit *und* Inflation – das widersprach allem, was im keynesianischen Lehrbuch stand.

Heidelberg-Emmertsgrund sogar mitten im Bau gestoppt, und am Autoschalter der Wissener Volksbank ist wahrscheinlich kein einziges Bankgeschäft getätigt worden. Das Institut für Kybernetik beendete seine Publikationstätigkeit, und als Helmut Schmidt

Das Scheitern des Keynesianismus war Teil des Kollapses der gesamten Modernisierungsideologie.

Das Scheitern des Keynesianismus war Teil des Kollapses der gesamten Modernisierungsideologie. Schon zu Beginn der siebziger Jahre hatte sich Widerstand gegen den weiteren Flächenabriss von Altstädten geregt. Die funktionalistische Architektur und die autogerechte Stadtplanung verfielen dem Verdikt der „Behälterarchitektur“ und der „Klötzchenstadt“, der Ausbau der Trabantenstädte wurde eingestellt, in

den zukunftsvisionären Willy Brandt im Kanzleramt ersetzte – und Horst Ehmke gleich mit entsorgte –, plädierte er für „Realismus und Nüchternheit“³.

³ *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode 1972, Bd. 88, S. 6593; zum Gesamten vgl. Andreas Rödder, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart. München 2015, S. 96-100.*

II.

Mit dem Scheitern der keynesianischen Politik und der makroökonomischen Globalsteuerung schlug die Stunde der Marktliberalen und der Chicagoer Schule in den Wirtschaftswissenschaften. Statt in der Stimulierung der Nachfrage, sah Milton Friedman die Aufgabe des Staates in der Anpassung der Geldmenge an die Bedürfnisse der realen Wirtschaft – nicht weniger und nicht mehr. Marktoptimistischer als das, was seit Alexander Rüstows Begriffsprägung 1938 als „Neoliberalismus“ oder unter dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ firmierte, glaubte Friedman an die Effizienz freier Märkte zur Organisation von Ressourcen und warnte vor politischen Interventionen in ökonomische Angelegenheiten.

Ausgehend von den USA und Großbritannien wurden die achtziger Jahre zum Jahrzehnt der Freisetzung von Marktkräften und der Deregulierungen, vor allem von Finanzmärkten. Zusammen mit der Digitalisierung, die ebenfalls in den achtziger Jahren ihren Durchbruch



erlebte, führten sie dazu, dass Volumina, Mobilität und Umlaufgeschwindigkeit von Kapital exponentiell zunahmen. Die zweite Globalisierung, nach der ersten vor 1914, gewann Gestalt.

es zu seiner Studienzeit gewesen war, die staatliche Post zu bewegen, ihm einen Festnetzanschluss einzurichten.⁴ Die Bundesrepublik erlebte eine lang anhaltende konjunkturelle Aufwärtsentwicklung, Massenwohlstand

Weltweit bewirkte die zweite Globalisierung um die Jahrtausendwende einen substantiellen Rückgang von Armut.

Entgegen der pauschalen Kritik, die sich mit dem inzwischen ganz und gar negativ besetzten Begriff „Neoliberalismus“ verbindet, verzeichnet die Bilanz der achtziger Jahre zunächst eine globale Freisetzung von Wachstumskräften und von ökonomischer Dynamik. Als er 2008 eine Vorlesung über den Thatcherismus hielt, so berichtet der britische Historiker Richard Vinen, habe er sich angesichts der vielen bunten Mobiltelefone, die vor seinen Studenten lagen, daran erinnert, wie schwierig

für 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung und die ökonomisch besten Zeiten der alten Bundesrepublik. Und weltweit bewirkte die zweite Globalisierung um die Jahrtausendwende einen substantiellen Rückgang von Armut.

⁴ Vgl. Richard Vinen, *Thatcher's Britain. The Politics and Social Upheaval of the 1980s*. London 2009, S. 8f.



Eintrag in das Gästebuch der IHK Köln. V.l.n.r.: Professor Dr. Nils Goldschmidt, Dr. Ulrich S. Soénius (stellv. Hauptgeschäftsführer der IHK Köln), Dr. Franz Schoser und Professor Dr. Horst Köhler.

Das Problem waren nicht die Marktreformen und die Liberalisierungen der achtziger Jahre. Das Problem waren die Verselbständigung des *shareholder value*-Kapitalismus und der Finanzmärkte in den Neunzigern. Das Problem war die ausbleibende ordnungspolitische Nachsteuerung und die mangelnde Einhegung außer Kontrolle geratender Entwicklungen, vor allem in den USA.

III.

Im Glanz der Erfolge und der Zuwächse, nicht zuletzt im Vollgefühl des Triumphes über den Kommunismus 1989 verselbständigte sich ein marktorientiertes Denken zu einer neuen Modernisierungsideologie. Dass eine an Mikroökonomik, Spieltheorie und *rational choice* orientierte Betriebswirtschaftslehre eine in größeren Zusammenhängen denkende Volkswirtschaftslehre verdrängte, zeigte eine Verengung des Denkens an, die im Crash von 2008 mündete. Zugleich griff dieses ökonomisch-quantifizierende Denken in einem *spill-over*

Prozess auch auf andere, nichtökonomische Lebensbereiche über.

Im Zentrum des marktorientierten Umbaus der Gesellschaft standen Bildung und Wissenschaft. Als Leitbild diente die unternehmerische Universität mit „Vorstand“ und „Aufsichtsrat“, in der die „Kundenbeziehung“ zu den Studierenden die Treuhänderschaft von Bildung ersetzte. Die Universitäten stellten auf erfolgsabhängige Mittelverteilung um, und ein bundesweites Reformgesetz von 2002 führte eine „leistungsorientierte Professorenbesoldung“ ein.⁵

Wie aber misst man „Erfolg“ und „Leistung“ in ursprünglich nichtkommerziellen Bereichen wie der Wissenschaft? Ein neuer, ökonomisch quantifizierbarer Maßstab wurde eingeführt: die Einwerbung von Drittmitteln. Befeuert von der Bertelsmann-Stiftung, die durchschlagenden Einfluss auf die Wissenschaftspolitik gewann, sollten Wettbewerb und Markt als

⁵ Zum gesamten Zusammenhang vgl. Rödder, 21.0 (wie Anm. 3), S. 108-116 (dort auch die Zitate).

Der staatlich administrierte Wettbewerbsgedanke setzte innerhalb der Wissenschaft Dysfunktionalitäten frei.

Gestaltungsprinzip auch im kulturellen Bereich zur Geltung kommen. In den Hochschulen zog eine neue Dynamik ein, und die Aufwendungen des Bundes und der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung verdoppelten sich zwischen 1991 und 2011 (wodurch zugleich eine erhebliche Schieflage gegenüber der Grundfinanzierung der Universitäten durch die Länder entstand). Eine Korrelation zwischen Drittmitteln und der Qualität von Forschung hat sich unterdessen empirisch bislang nicht nachweisen lassen.

Stattdessen setzte der staatlich administrierte Wettbewerbsgedanke innerhalb der Wissenschaft Dysfunktionalitäten frei. Eine selbstanpreisende Sprache

des Marktes ersetzte den Habitus der Dezenz. Die Selbstbezeichnung „wir sind exzellent“ hätten Wissenschaftler angesichts des Wissens um die Grenzen ihrer Erkenntnisfähigkeit klassischerweise für gänzlich unangemessen gehalten. Dass die Einwerbung von Drittmitteln zum Indikator von Markterfolg wurde, etablierte mit finanzstarken Wissenschaftsorganisationen und einer neuen Schicht von Wissenschaftsfunktionären neue *gatekeepers* der Ressourcenzuteilung und der Steuerung. Nicht anders als Banker folgten auch Wissenschaftler vorgegebenen Anreizstrukturen und antizipierten als Antragsteller von Drittmitteln das Erwartete. Marktorientierung und „unternehmerische Universität“ führten zu Verlusten kritischer Potentiale

von Wissenschaft, zur Bildung neuer Kartelle und zu erhöhter Regulierung.

Denn mit der marktorientierten Modernisierungs-ideologie zog die Herrschaft der Zahl ein. Zahlen und Modelle haben den Vorteil, dass sie Komplexität reduzieren und damit der Systematisierung und der Ordnung einer immer komplexer werdenden Wirklichkeit dienen. Sie sind ein elementarer Bestandteil des neuzeitlichen Rationalismus, der modernen Wissenschaften und der Naturbeherrschung. Generalisierende empirisch-quantifizierende Daten stellen berechenbare Grundlagen der Urteilsbildung zur Verfügung, über subjektive Intuition, individuelle Erfahrung oder normative Vorgaben hinaus.

Quantifizierende Formalisierung dient als Objektivitätsersatz, entlastet von Sinnbegründungen und neutralisiert die Frage nach „falsch“ und „richtig“.

Spätestens hier beginnt das Problem. Wenn sich Zahlen und Modelle verselbständigen und von Hilfsmitteln zu Richtgrößen und Zielvorgaben werden, entsteht die sogenannte „Tonnenideologie“ – messbare Werte werden um der Erfüllung der Vorgaben willen produziert, seien es eingeworbene Drittmittel oder Absolventenzahlen. Demgegenüber besagt die Regel des britischen Ökonomen Charles Goodhart, dass ein statistisches Hilfsmittel seinen Wert verliert, wenn es zum Ziel gemacht wird. Allgemein gilt, wie Ralf

Mit der marktorientierten
Modernisierungsideologie
zog die Herrschaft der Zahl ein.

Dahrendorf so treffend formulierte, „dass ein richtiger Gedanke, bis zum Extremen getrieben, gerade diejenigen Möglichkeiten zerstört, die er eigentlich eröffnen sollte“⁶.

Mit der Weltfinanzkrise 2008 verlor diese quantifizierend-marktorientierte Erzählung ihre Glaubwürdigkeit. Die Zertifizierungen der Rating-Agenturen und finanzmathematische Risikomodelle hatten die

Zielvereinbarungen in kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen erinnern an sozialistische Planvorgaben.

In der Tat: Zielvereinbarungen in kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen erinnern an sozialistische Planvorgaben. Bildungsökonomie und Sozialtechnokratie gehen zu Lasten des Vertrauens in Persönlichkeitsbildung und individuelle Urteilskraft.

Krise viel mehr begünstigt als verhindert. Die „Dominanz der Rechenhaftigkeit“⁷ verlor an Glaubwürdigkeit. Der Deutsche Hochschulverband riet seinen Mitgliedern, sich nicht weiter an Akkreditierungsverfahren zu beteiligen. Der Deutsche Historikerverband verweigerte die

⁶ Vgl. Charles A. E. Goodhart, Problems of Monetary Management. The U.K. Experience, in: Anthony S. Courakis (Hg.), Inflation, Depression and Economic Policy in the West. London 1981, S. 111-144, hier S. 116.; Ralf Dahrendorf, Zukunft der Freiheit, in: Tendenzwende (wie Anm. 2), S. 101.

⁷ Tilmann Allert, Netzwerke – Gemeinschaft und Gemeinschaftsbildung in der modernen Gesellschaft, in: Günther Nonnenmacher/ Andreas Rödder (Hg.), Eine neue Tendenzwende? Tagung am 4. und 5. Februar 2010 in Berlin. Die Dokumentation. Frankfurt a.M. (F.A.Z.) 2010, S. 16.



Mitwirkung an weiteren Rankings des Centrums für Hochschulentwicklung der Bertelsmann-Stiftung. Und die Belegschaft der Agentur für Arbeit in Nürnberg forderte „Führungskultur statt Zahlenknechte“⁸.

IV.

Die Finanzkrise von 2008 markierte, so meine These, eine neuerliche politisch-kulturelle Tendenzwende, wie das Ende des Nachkriegsbooms von 1973. Wieder war es ein Ereignis, das eine Verschiebung des Rahmens des allgemein Akzeptierten bewirkte.

Auf der Ebene der politischen Ökonomie führte der Crash zunächst in parametrische Unsicherheit. Im November 2008 hatte die britische Queen bei einem Besuch an der London School of Economics die ebenso

⁸ Offener Brief des Hauptpersonalrats Einsiedler an den Chef der Bundesagentur für Arbeit, Weise, zit. nach Otto Depenheuer, Zählen statt Urteilen. Die Auflösung der Urteilskraft in die Zahlengläubigkeit, in: Sächsische Verwaltungsblätter 8/2010, S. 180.



Börsensaal der IHK Köln

einfache wie grundlegende Frage gestellt: „Warum hat eigentlich niemand die Finanzkrise kommen sehen?“ Im Juli 2009 antwortete ihr die British Academy: „Alles in allem, Eure Majestät, war das Versagen, den Zeitpunkt, das Ausmaß und die Härte der Krise vorauszusehen und sie abzuwenden [...], in erster Linie ein Versagen der kollektiven Vorstellungskraft vieler kluger Menschen, die Risiken des Gesamtsystems zu erkennen.“⁹

So entwaffnend einfach diese Erklärung ausfiel – mit Lösungen verhielt es sich komplizierter, wie ein zweiter Brief der British Academy an die Queen vom Februar 2010 dokumentiert: „Man kann so viele Szenarien planen wie man will, aber wenn es an der Verantwortung der Entscheidungsträger in einer Krise mangelt, ist es kontraproduktiv. Sie sehen, es gibt keine einfachen Antworten.“¹⁰

Wie weit die parametrische Verunsicherung der politischen Ökonomie reichte, offenbarte sich in der Euro-Schuldenkrise ab 2010. Liberale utilitaristische Positionen und liberale ordnungspolitische Positionen standen sich in der Beurteilung der Rettungspolitik der EZB unversöhnlich gegenüber.

Zugleich zeichnete sich eine Rückkehr der Makroökonomie ab, wie sich insbesondere an den globalen Debatten um Thomas Pikettys „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ 2013/14 zeigte, das eine seit der Mitte des 20. Jahrhunderts zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit als Bedrohung für Wirtschaft und Demokratie ansah. Es traf auf eine zunehmende Bereitschaft, neue Debatten über Umverteilung zwecks Regulierung von Ungleichheit zu führen.

⁹ Tim Besley/ Peter Hennessy an Queen Elisabeth II., 22. Juli 2009, in: British Academy Review, issue 14 (November 2009), S. 8-10 (zu erreichen über: <http://www.britac.ac.uk/events/archive/forum-economy.cfm>, 14. Januar 2015), das Zitat S. 10.

¹⁰ Ebda.

V.

So wie der Keynesianismus im größeren Zusammenhang der Modernisierungsideologie der sechziger Jahre gestanden hatte, so stand auch die Rückkehr der Makroökonomie in einem größeren Zusammenhang: der Rückkehr ganzheitlicher Entwürfe.

Das klingt überraschend, und das war es auch, nachdem über Jahre und Jahrzehnte von Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft die Rede gewesen war. Hans-Magnus Enzensberger hatte Pluralisierung und Wertewandel in den achtziger Jahren unüberbietbar überspitzt:

„Niederbayerische Marktflecken, Dörfer in der Eifel, Kleinstädte in Holstein bevölkern sich mit Figuren, von denen noch vor 30 Jahren niemand sich träumen ließ. Also golfspielende Metzger, aus Thailand importierte Ehefrauen, türkische Mullahs, Apothekerinnen in Nicaragua-Komitees, militante Lesbierinnen, tamilische Eisverkäufer, Altphilologen mit Warentermingeschäft,

Kokaindealer mit Bräunungsstudios und Dominas mit Kunden aus dem höheren Management, Kunstfälscher, Karl-May-Forscher, Sterbehelfer und Pornoproduzenten.“¹¹

Jean-François Lyotard, einer der Vordenker der Postmoderne, hatte diese Pluralisierung nicht nur als Verlust von Ganzheit interpretiert, sondern auch als Überwindung der *Sehnsucht* nach Ganzheit begrüßt.¹² Und genau hier irrte er.

Denn die postmoderne Pluralisierung führte nicht zu einem *anything goes*, wie es immer wieder hieß. Vielmehr führte die postmoderne Pluralisierung zu einem neuen Hunger nach Ganzheit. Diese neue Ganzheit ist,

¹¹ Hans Magnus Enzensberger, *Mittelmaß und Wahn. Gesammelte Zerstreungen*. Frankfurt a.M. 1988, S. 264f.

¹² Vgl. Jean-François Lyotard, *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*. Hg. von Peter Engelmann. Wien 1999, S. 13f. und 112-122.

paradoxerweise, Diversität, die Wertschätzung von Vielfalt und Unterschiedlichkeit. Diese neue Ganzheitsvorstellung nenne ich die „Kultur der Inklusion“.¹³

Kindern mit körperlicher oder geistiger Behinderung in die Regelbeschulung, im weiteren Sinne auch die Teilhabe von sozial schwachen Kindern und Jugendlichen, vor allem solchen mit Migrationshintergrund oder anderen Randständigkeiten.

Diese neue Ganzheit ist, paradoxerweise, Diversität, die Wertschätzung von Vielfalt und Unterschiedlichkeit.

Das mag theoretisch klingen, hat aber höchst praktische Auswirkungen. Den Begriff der Inklusion kennen Sie in der öffentlichen Debatte am ehesten aus der Pädagogik. Dort bezeichnet er die Einbeziehung von

In einem weiteren Sinne zielt Inklusion auf die Wertschätzung von Vielfalt und den Ausgleich für Menschen, die in der bisherigen Gesellschaftsordnung benachteiligt waren: Menschen mit Behinderung, Frauen, Homo- und Transsexuelle. Die Instrumente sind proaktive staatliche Maßnahmen wie Antidiskriminierung

¹³ Vgl. dazu Rödder, 21.0 (wie Anm. 3), S. 116-126.

und *gender mainstreaming*. Spätestens bei der Frauenquote für Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen zeigt sich, dass die Kultur der Inklusion in der Tat sehr konkret ist.

bedürftig ist? Die Frauenquote für Aufsichtsräte in börsennotierten Unternehmen gibt einer kinderlosen Unternehmertochter aus München-Bogenhausen den Vorzug vor einem vierfachen Familienvater aus einer

Denn Gleichstellung zielt nicht, wie Gleichberechtigung, auf Chancen und Voraussetzungen, sondern auf Ergebnisse.

Mit der Kultur der Inklusion hat sich das gesamtgesellschaftliche Verständnis von Freiheit verändert. Begrifflich lässt sich dies an der Verschiebung von Gleichberechtigung zu Gleichstellung feststellen. Denn Gleichstellung zielt nicht, wie Gleichberechtigung, auf Chancen und Voraussetzungen, sondern auf Ergebnisse. Was aber ist der gewünschte Zustand von Gleichstellung? Und wer definiert, was ausgleichs-

Einwandererfamilie in Berlin-Neukölln. Denn als ausgleichsbedürftiges Kriterium ist das Geschlecht festgelegt, nicht soziale oder ethnische Herkunft, Kinderzahl oder anderes.

Damit wird deutlich: die Frage, wer oder was ausgleichs- und inklusionsberechtigt ist, ist immer auch eine Machtfrage. Während ein Homosexueller in



Deutschland heute sehr viel freier und besser lebt als vor dreißig Jahren, muss sich eine nicht erwerbstätige Mutter, die ihre Kinder selbst erzieht, von der Bundesfamilienministerin sagen lassen, dass sie ihre Lebensform „problematisch“ findet.

Der Mechanismus ist eigentlich nicht überraschend. Schon in den fünfziger Jahren hat der Soziologe Talcott Parsons festgestellt, dass Exklusion jeder Inklusion als „logischer Schatten“ folgt.¹⁴ Jede Gleichstellung schafft neue Ungleichheit. Und die Kultur der Inklusion bewegt sich zwischen Zugewandtheit und Rigidität, zwischen liberaler Weltoffenheit und illiberaler Ideologie, zwischen Emanzipation und repressiver Toleranz, wenn zum Beispiel vierjährige Schüler in England genötigt werden, über ihr *gender*-Empfinden zu reden.

¹⁴ Zit. nach Niklas Luhmann, *Inklusion und Exklusion*, in: Ders., *Soziologische Aufklärung*. Bd. 6: *Die Soziologie und der Mensch*. Opladen 1995, S. 262.

VI.

Mit einem Wort im Sinne Parsons: neuen Freiheiten folgt der „logische Schatten“ neuer Unfreiheiten, indem sich der Rahmen des Sagbaren verändert. Dies zu sagen, erzeugt sogleich Unbehagen. Klingt es nicht nach „man wird ja wohl noch sagen dürfen“ oder gar nach „Lügenpresse“?

Aber auch diesseits dieser unverhandelbaren Grenze des Sagbaren werden in der öffentlichen Diskussion Grenzen gezogen, die der Debatte keine legitimen, sondern repressive Grenzen ziehen. Ein Beispiel dafür ist die *hart aber fair*-Sendung „Nieder mit den Ampelmännchen – Deutschland im Gleichheitswahn?“ vom März 2015, die auf Einwirken von Frauenverbänden aus der Mediathek des WDR gelöscht wurde. Das Ergebnis

Die Offenheit des Meinungsbildungsprozesses ist die Voraussetzung des demokratischen Willensbildungsprozesses.

Dieses Unbehagen hat einen Grund. Denn die Formel, man könne dies oder das öffentlich ja nicht sagen, wird allzu oft benutzt, um plumpe, hermetische Ressentiments zu transportieren. In der Tat gibt es eine Grenze des Sagbaren, die wir zu Recht ziehen, wenn wir sagen, dass wir über völkisches Denken nicht reden.

solcher Anmaßungen von Meinungshoheit, aber auch ihrer Akzeptanz ist, dass legitime gesellschaftliche Positionen aus der öffentlichen Debatte ausgegrenzt werden. Einseitig verengter öffentlicher Diskurs aber ist gefährlich – wie sich in den Debatten nach der Kölner Silvesternacht 2015 zeigt, nach der die deut-

sche Debatte einmal mehr von einem Extrem ins andere zu kippen droht. Hilfloze Kraftmeiereien über Abschiebungen lösen die naive Vorstellung ab, unkontrollierte Massenzuwanderung aus dem Nahen Osten bewirke nichts anderes als die Lösung des deutschen Fachkräftemangels.

Einmal mehr bewahrheitet sich eine zentrale historische Erfahrung: eine Idee wird immer dann schädlich, wenn sie sich von den Realitäten löst. Das gilt für totalitäre Ideologien und religiöse Fundamentalismen. Aber es gilt auch für Dinge, die uns sehr viel näher sind: für die Verabsolutierung des Marktprinzips, die Idee der immer engeren Union Europas, die Rechtschreibreform und für die Willkommenskultur.

Alles in allem: die Tendenzwenden in der Geschichte der Bundesrepublik haben neue Freiheiten bewirkt, aber auch neue Unfreiheiten mit sich gebracht. Neue Freiheiten zu schätzen, statt in Kulturpessimismus zu verfallen, neue Unfreiheiten aber zu benennen und selbstbewusst zu bekämpfen, auch wenn es unbequem

ist, weil man sich isolieren könnte – das ist die Aufgabe und die Verpflichtung einer liberalen Bürgergesellschaft.

Mit der Flüchtlingskrise hat eine neue Selbstverständigungsdebatte darüber begonnen, wie wir in Deutschland zusammenleben wollen. Abgesehen von allen Problemen liegt darin eine große Chance, weil wir Dinge diskutieren, über die wir lange Zeit nicht gesprochen haben – eine Chance aber nur, *wenn* wir offen über die Dinge sprechen, statt uns vermeintlichen Gewissheiten und Deutungshoheiten zu fügen. Die Offenheit des Meinungsbildungsprozesses ist die Voraussetzung des demokratischen Willensbildungsprozesses und damit die entscheidende Grundlage der Qualität unseres Gemeinwesens. Das regelt kein Gesetz. Das ist die Aufgabe der Bürger – und die Chance einer lebendigen Bürgergesellschaft. Wir werden nicht alles schaffen, aber das sollten wir wollen.





Dr. Franz Schoser und Professor Dr. Horst Köhler bei der Preisverleihung

Es gibt eine große Zahl von wirtschaftswissenschaftlichen Studenten, die ihr Examen machen, aber nichts von Wirtschaftspolitik gehört haben.

Es fehlt das Verständnis für das Umfeld der Wirtschaft. Wir müssen versuchen, Praxis und Theorie miteinander zu verbinden.

Dr. Franz Schoser in seinen Dankesworten bei der Preisverleihung



In Würdigung seiner vielfältigen Bestrebungen, die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft lebendig zu halten und sie in ihrer Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft immer neu zu begründen

verleihen wir

Dr. Franz Schoser

die

Alfred Müller-Armack Verdienstmedaille

Professor Dr. Nils Goldschmidt
Vorsitzender des Vorstands

Wir ehren Dr. Franz Schoser als langjährigen Wegbegleiter der Sozialen Marktwirtschaft sowie als Fürsprecher einer freiheitlichen und menschenwürdigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft ist stolz darauf, ihn zu den Preisträgern der Alfred Müller-Armack Verdienstmedaille zählen zu können.

Wirtschaft
für den
Menschen.



Dr. Franz Schoser bei seinen Dankesworten



Professor Dr. Nils Goldschmidt eröffnet die Veranstaltung



Dr. Ulrich S. Soénius begrüßt im Namen der IHK Köln



V.l.n.r.: Christian Kappe, David Andres und Florian Zenker



Das Publikum im Börsensaal der IHK Köln



Professor Achim Wambach, Ph. D., iwv Köln, bei seiner Begrüßung



Professor Dr. Horst Köhler während seiner Laudatio „Auch Wirtschaftskultur lebt von Konstanten“

Auch Wirtschaftskultur lebt von Konstanten

Laudatio von Bundespräsident a.D.
Professor Dr. Horst Köhler

.....

Mir ist die Aufgabe gestellt, einen von mir Hochgeschätzten für Verdienste zu würdigen, für die ihm eine Ehrung zuteil wird, die an die Verdienste eines weiteren Mannes erinnert. Da liegt es nahe, mit einem Thema zu beginnen, das uns alle drei verbindet. Es ist das Thema Karneval.

Der führte Franz Schoser und mich einmal, schon in den achtziger Jahren, in Köln zusammen. Und ich staunte nicht schlecht, wie ich den ordnungspolitisch oft so strengen Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages dort erlebte: zusammen mit seiner Frau mitten im Volk, singend, tanzend, lachend. Ich glaube, das war der Zeitpunkt, wo ich den „rheinischen Kapitalismus“ erst richtig verstehen lernte.

Ob auch Alfred Müller-Armack, evangelischer Christ wie ich, ein praktizierender Karnevalist gewesen ist, das entzieht sich meiner Kenntnis. Vielleicht weiß da Franz Schoser mehr, der ja bei ihm studiert hat. Aber eins weiß ich: Müller-Armack hegte, auf den Spuren von Max Weber, ein intensives Interesse an der Frage, welche Wirtschaftsstile die Kulturen und Religionen ausprägen und welche Formen der Vergemeinschaftung sie pflegen oder begünstigen. Für diese Fragen ist gerade ein Brauch wie Karneval ein ergiebiges Studienfeld.

Ohne das hier vertiefen zu wollen, doch so viel: Der Karneval ist nicht gerade ein Paradebeispiel für innerweltliche Askese. Er rechnet sich nicht, auch wenn manche gut an ihm verdienen. Volkswirtschaftlich betrachtet ist er ein Verlust an Produktions- und Arbeitszeit und damit an Bruttosozialprodukt. Würden wir unser Leben rechenhafter ordnen, ökonomischer, marktorientierter – wir würden den Karneval auf die arbeitsfreie Zeit legen und künftig nur noch Rosensonntag

feiern, nicht Rosenmontag. Eine absurde Vorstellung? Für den Tag der Deutschen Einheit hat man so etwas schon einmal vorgeschlagen...

Karneval rechnet sich volkswirtschaftlich vielleicht nicht. Aber er leistet etwas, was der Markt allein nicht leisten kann. Er bringt Menschen zwanglos zusammen, die sonst getrennte Wege gehen. Er erinnert sie daran, dass sie zusammengehören. Er spielt verkehrte Welt und zeigt, wie Oben und Unten zu Kippfiguren werden können und dass - wer weiß? - vielleicht einmal Herr Reich mit Herrn Arm und Frau Mächtig mit Frau Einflusslos wirklich die Plätze tauschen werden (und auch dann noch gut miteinander auskommen sollten). Karneval bedeutet: Der Mensch ist nicht allein zum Arbeiten da; aber auch nicht bloß für den Konsum, denn der hat ab Aschermittwoch Pause. Karneval ist Integration. Für gläubige Menschen ist Karneval auch eine vertikale Integration, eine gemeinsame „Integration nach oben“.

Damit klingen Fragen an, die für alle von radikaler Bedeutung sind, die gründlich über die Ordnung

von Wirtschaft und Gesellschaft nachdenken; zeitlose Fragen, die von Adam Smith bis Alexander Rüstow und von John Stuart Mill bis Alfred Müller-Armack wieder und wieder vorgenommen, bedacht und beantwortet worden sind. Auch wir tun gut, diese Fragen wieder und wieder zu bewegen und immer neu nach den besten Antworten zu suchen: Wie erreicht und sichert unsere Gesellschaft ihre freie Selbstbestimmung, ihre Prosperität und ihren inneren Zusammenhalt? Wie schafft sie das in einer Zeit der Individualisierung und Vereinzelung, der Säkularisierung und Globalisierung, des Sachzwangs und der Unübersichtlichkeit, der Lenkungstechniken und Steuerungszusammenbrüche, wie sie schon zu Müller-Armacks Zeiten deutlich waren und sich seither immer weiter vertieft haben? Die Soziale Marktwirtschaft ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass wir das schaffen.

Sie verbindet zwei Absagen und eine Zusage: (1) Sie lehnt jedwede staatliche Plan- und Kommandowirtschaft ab, weil die der Freiheit des einzelnen hohnspricht und wirtschaftlich ineffektiv ist. (2) Sie weigert

sich aber auch, einfach gutzuheißen, zu welchen sozialen und gesellschaftlichen Ergebnissen freie Marktkonkurrenz führt. Sie betrachtet eine marktwirtschaftliche Ordnung als das wirtschaftlich produktivste Organisationsmittel, aber nicht als sozialen und gesellschaftlichen Selbstzweck. Der freie Markt orientiert sich an der Nachfrage, nicht am gesellschaftlichen Bedarf, der

tigkeit und Zusammenhalt! Das verlangt nach dem gestaltenden Einfluss des demokratischen Staates. Darum gibt die Soziale Marktwirtschaft (3) die Zusage, dass unser Gemeinwesen nicht nur die Märkte freiheitlich ordnet und dann sich selbst überlässt, sondern dass der Staat gewährleistet, dass ihre Erträge allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen.

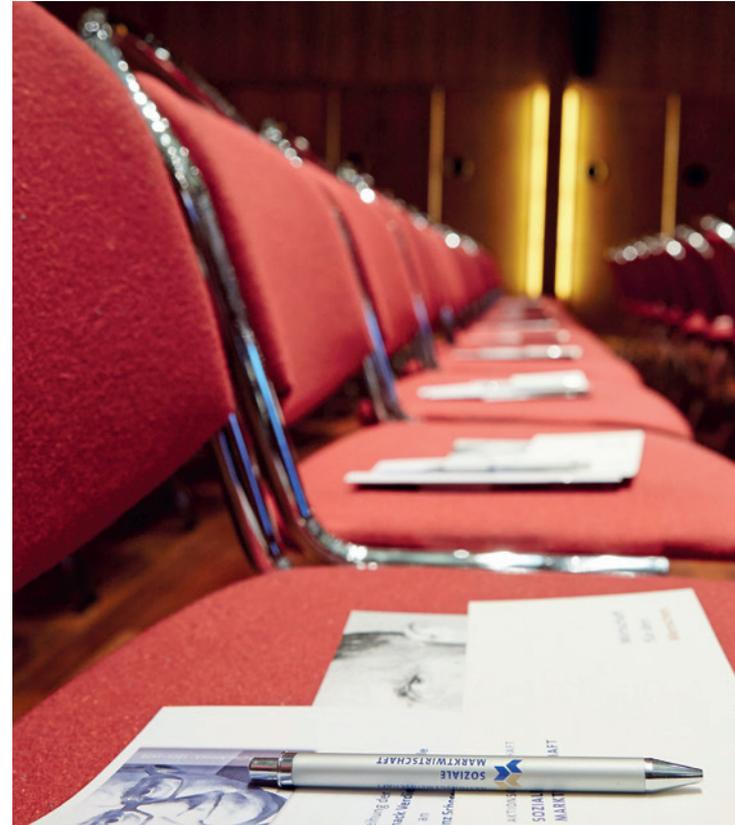
Wie erreicht und sichert unsere Gesellschaft ihre freie Selbstbestimmung, ihre Prosperität und ihren inneren Zusammenhalt?

auch die berechtigten Bedürfnisse und Interessen zum Beispiel der Alten, der Kranken, der Ungeborenen (das wird immer wichtiger!) einschließt. Marktwirtschaft kann theoretisch auch ohne politische Freiheit, ohne Demokratie und ohne sozialen Ausgleich und Zusammenhalt funktionieren. Wir wollen aber Freiheit, Gerech-

Das klingt heutzutage unspektakulär, aber 1948 klang es sperrig und anstrengend. Und anstrengend ist es ja auch: Müller-Armack und Erhard verlangten eine beständige Gratwanderung zwischen Wettbewerbs- und Gesellschaftspolitik, zwischen Freiheit und Verantwortung, zwischen Hochleistung

und Maßhalten. Das Geniale an ihrer Formel von der Sozialen Marktwirtschaft: Alle politischen Kräfte wollten sie benutzen, ausfüllen, mit ihr weiterrechnen. Sobald sich - staunenswert rasch! - die ersten Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft einstellten, ließen die einen ihr Ahlener und die anderen ihr Godesberger Programm fahren, und von Plänen zur Anwendung der Vorschriften über entschädigungslose Enteignung in der Hessischen Landesverfassung hat man auch schon lange nichts mehr gehört. Stattdessen hat die Bundesrepublik Deutschland Soziale Marktwirtschaft von eher rechts - Stichwort „formierte Gesellschaft“ - wie von eher links - Stichwort Globalsteuerung - erlebt, und die Dame Soziale Marktwirtschaft blieb die Galionsfigur des Modells Deutschland durch alle Moden der Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik und durch alle Veränderungen in Europa und der Welt.

Sie darf nur nicht zum hölzernen Totem werden, die Dame Soziale Marktwirtschaft.



Aber das werden der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und bürgerschaftliche Zusammenschlüsse wie die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft schon zu verhindern wissen.

Das ist nicht so dahingesagt. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft hat Wurzeln, die tief in die deutsche Demokratie- und Wirtschaftsgeschichte hinabreichen. Eine davon ist der DIHT, später dann der DIHK, gegründet 1861 und unter den Farben Schwarz-Rot-Gold, den Farben von Einigkeit und Recht und Freiheit.

Alfred Müller-Armack wollte einen Staat, der die unternehmerische Freiheit seiner Bürger schützt und zugleich „jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Wilhelm Röpke) ihr gutes Miteinander stärkt. Das setzt einen Staat voraus, der zuhören kann, und Bürger, die zum Dialog mit ihm fähig und bereit sind und die selbständig darüber nachdenken, welchen Beitrag sie selber und welchen Beitrag der Staat leisten kann, um Wohlstand für Alle zu erreichen. Dieser Dialog ist keine reine Harmonieveranstaltung, denn der Staat neigt leicht zur „Integration von oben“, und selbst unternehmerische Bürger neigen leicht zur Bequemlichkeit, weshalb zum Beispiel der Kampf um die bundesdeutsche Wettbewerbsordnung auch als „siebenjähriger

Alfred Müller-Armack wollte einen Staat,
der die unternehmerische Freiheit
seiner Bürger schützt und stärkt.

Wirtschaft
für den
Menschen.



Krieg“ bezeichnet worden ist. Gerade deshalb aber ist dieser Dialog zwischen Bürgerschaft und Staatswesen unersetzlich.

Es gibt ordnungspolitische Denkschulen, die zwischen Staat und Wirtschaft einen scharfen Schnitt sehen wollen statt einer Grünen Grenze. Für die sind Zwitterwesen wie die Kammern vermutlich ein Graus.

umgekehrt politische Entscheidungen zurück an ihre Mitgliedsunternehmen und deren Belegschaften, was die Legitimität dieser Entscheidungen erhöht (jedenfalls, wenn sie halbwegs einsichtig und vernünftig sind). Kurz: Die Kammern und der DIHK sind lebendiger Ausdruck der Kraft und der Vielfalt unserer Wirtschaft, und sie leisten einen wesentlichen Beitrag zu unserer Demokratie, indem sie ihren Mitgliedern politische

Jede Kultur lebt von Konstanten, auch Wirtschaftskulturen.

Wer aber über die eingangs genannte Frage nachdenkt, wie wir unserer Demokratie am besten Freiheit und Prosperität sichern, der wird Einrichtungen wie die Kammern, und Verbände wie den DIHK, begrüßen und bejahen. Sie sind Mittler zwischen den vielfältigen Interessen und Bedürfnissen der Gesellschaft und den Prozessen der Politik. Sie werben bei den politischen Entscheidern für sachgerechte Lösungen und vermitteln

Mitsprachemöglichkeiten eröffnen, deren Interessen intern ausgleichen und extern vermitteln und Parlament und Regierung bei deren Entscheidungen beraten.

Das ist eine wertvolle Konstante der Bonner und der Berliner Republik. Jede Kultur lebt von Konstanten, auch Wirtschaftskulturen. Und mehr als zwei Jahrzehnte lang gab es innerhalb der institutionellen Konstante

DIHT/DIHK auch noch eine gute personelle Konstante. Das war ein Mann namens Franz Schoser.

Lieber Herr Schoser, Sie waren, nach anderthalb Jahrzehnten Arbeit für die hochansehnliche Industrie- und Handelskammer zu Köln, seit 1973 für den Deutschen Industrie- und Handelstag, den späteren DIHK, tätig, und Sie haben ihm ab 1980 bis 2002 als Hauptgeschäftsführer gedient. Ordnungs- und wirtschaftspolitisch umspannt das eine Zeit von der Planungseuphorie der sechziger Jahre über die Tragik der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (Abschlussbericht 1977) und das Lambsdorff-Papier (1982) bis zur Herstellung der Deutschen Einheit und der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Während all dieser Zeit galten Sie verbandsintern ebenso wie in der Bundeshauptstadt als sachkundiger, diskreter und verlässlicher Gesprächspartner. Ich kann nur ahnen, wie vielfältig Ihre Herausforderungen waren, wie dicht das Netz ihrer Gesprächspartner, und wie voll ihre Terminkalender. Ich kann nur ahnen, wie oft Sie den Kopf geschüttelt haben über verblasene politische

Forderungen, und wie selten Ihr ordnungspolitisches Frühwarn-Radar dunkel und stumm blieb.

Sie haben, loyal und effizient dienend und lotsend, den Verbandspräsidenten Otto Wolff von Amerongen, Hans Peter Stihl und Ludwig Georg Braun zugearbeitet, gestandene Persönlichkeiten und exzellente Unternehmer allesamt. Gemeinsam haben Sie den ordnungspolitischen Kompass hochgehalten, damit alle ihn gut sehen konnten, und ihn laut abgelesen für jene, die nicht hingucken wollten. Sie haben tatkräftig zum Aufbau der Industrie- und Handelskammern in den östlichen Bundesländern und der Außenhandelskammern in Mittel- und Osteuropa beigetragen, den Umzug des DIHT nach Berlin gemanagt und verbandsinterne Reformen auf den Weg gebracht, um den Mitgliedsunternehmen noch mehr zu bieten für ihre Beiträge und um Parlament und Regierung noch wirksamer beraten zu können. Sie haben wesentlich dazu beige-

⁷ [Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung \(Die deutschen Bischöfe, Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Nr. 34\), Bonn 2011.](#)



tragen, dass in Bonn und Berlin die in- und ausländischen Anliegen der deutschen Unternehmen Gesicht und Stimme hatten. Sie haben sich dadurch um unsere Soziale Marktwirtschaft und um den Wirtschaftsstil unseres Landes verdient gemacht.

Meine Damen und Herren, schon Plutarch fand biographische Parallelen interessant. Es gibt, glaube ich, auch einige zwischen Alfred Müller-Armack und Franz Schoser. Beide haben es besonders wichtig und fruchtbar gefunden, Theorie und Praxis miteinander zu verknüpfen. Müller-Armack war so wenig „nur“ Gelehrter, wie Franz Schoser „nur“ Verbandsvertreter. Beide eint die Überzeugung: Volkswirtschaftslehre und wirtschaftspolitische Praxis gehören zusammen, sie brauchen die Vermittlung miteinander, sie erhellen sich gegenseitig. Darum habe ich auch mit Interesse und Zustimmung vernommen, dass Herr Doktor Schoser vor einigen Jahren (2010) in der Konrad-Adenauer-Stiftung das „Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft“ auf den Weg gebracht hat, das ausdrücklich darauf zielt, die Sphäre wissenschaftlicher Erkenntnis und die Sphäre

Müller-Armack hat sich für das Recht der sogenannten Entwicklungsländer auf faire terms of trade ausgesprochen. und war überzeugt davon,

der politischen Entscheidung zusammenzubringen. In die gleiche Richtung wies ja schon die Gründung des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln durch Alfred Müller-Armack und (Dr. h.c.) Franz Greiß, mit dem Sie auch eng zusammengearbeitet haben, lieber Herr Schoser.

Eine weitere biographische Parallele zwischen Alfred Müller-Armack und Franz Schoser: Beide blickten stets weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Bei einem DIHK-Mann ist das gewiss auch Teil der Stellenbeschreibung. Schließlich beruhen die Stärke und der Erfolg unserer Unternehmen und unseres Mittelstands

guteils auf dem Außenhandel. Aber bei beiden Männern wurzelt das Engagement für die europäische Einigung und für einen möglichst gesamteuropäischen Raum der Freiheit, des Friedens und der guten Zusammenarbeit auch in ihren volkswirtschaftlichen Grundannahmen. Ähnlich verhält es sich mit der Überzeugung, eine faire Wettbewerbsordnung dürfe nicht an den eigenen Landesgrenzen Halt machen. Müller-Armack hat sich - und wenn es auch zu Zeiten der Hallstein-Doktrin gewesen ist - für das Recht der sogenannten Entwicklungsländer auf faire terms of trade ausgesprochen und war überzeugt davon, dass faire Handelsbeziehungen eine unverzichtbare Hilfe auf

dem Weg zu eigenständiger Entwicklung sind. Diese Erkenntnis beherzigen die westlichen Nationen leider noch immer nicht ausreichend (und das wäre dann übrigens auch ein Punkt für eine an einem anderen Tag zu haltende Rede – über Fluchtursachen!).

Franz Schoser engagiert sich für eine Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe auch als Vorstand der „Senior Experten Service Stiftung der deutschen Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit“, der Trägerin des Senior Experten Service. In ihm bündeln die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft viele Stärken unseres Standorts: die Orientierung unserer Unternehmen auf die Weltmärkte und die damit

einhergehende Sicherheit im Umgang mit anderen Wirtschaftskulturen; die Qualität unseres dualen Ausbildungswesens, das aus vielen Mittelständlern auch begabte Pädagogen macht; die demographische Entwicklung, die vielen von uns im Pensionsalter noch viele gute, gesunde, aktive Jahre beschert; und die große hiesige Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement und zu dem, was auf Neudeutsch Corporate Social Responsibility genannt wird. Die Senior Experten sind im In- und Ausland im Einsatz, sie bilden aus und er-tüchtigen, sie geben eine Visitenkarte für Weltoffenheit, Können und Hilfsbereitschaft ab; und sie haben eine riesige persönliche Freude an dem, was sie tun und erreichen.

dass faire Handelsbeziehungen eine unverzichtbare Hilfe auf dem Weg zu eigenständiger Entwicklung sind.

Auch das ist unersetzlich, auch dazu tragen Sie bei, lieber Herr Schoser, und auch da stehen wir vor neuen Herausforderungen, denn angesichts des Ausbildungsbedarfs hunderttausender Zuwanderer und angesichts des Aufbaubedarfs in so vielen Staaten der Erde vervielfältigen sich in dieser Zeit die Herausforderungen und die Chancen für das Engagement von Senior Experten.

wieder anpassungsbedürftigen Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft nicht. Da warten viele Entwicklungen auf neue Antworten, von der Bändigung der Finanzmärkte und der unheilvollen Symbiose von verschuldeten Staaten und bestandsprivilegierten Banken bis zur Auswanderung wirtschaftspolitischer Grundsatzentscheidungen in intergouvernementale Expertenrunden, von der Ökonometrisierung immer

Umso dankbarer bin ich für das, was die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, der DIHK, Wissenschaftler wie hier in Köln und Männer wie Franz Schoser leisten.

Die Arbeit wird uns also nicht so schnell ausgehen – auch die Arbeit an dem anpassungsfähigen und immer

weiterer Lebensbereiche (Bildung, Kultur) bis zur kostenvergessenen Wohlfahrtspolitik auf Pump.

Es gilt stets aufs Neue, Alfred Müller-Armacks Vision der Sozialen Marktwirtschaft als Stilprinzip einer freien Gesellschaft wachzuhalten und mit ihm beständig zu fragen, ob staatliche Eingriffe und wirtschaftliche Entwicklungen unserem Zusammenhalt in Freiheit, Einheit und Prosperität guttun oder nicht. Das ist mühevoll und wird gelegentlich als störend empfunden. Umso dankbarer bin ich für das, was die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, der DIHK, Wissenschaftler wie hier in Köln und Männer wie Franz Schoser leisten.

Meine Damen und Herren, auch der Karneval hat seine Orden und Ehrenzeichen. Sie werden augenzwinkernd verliehen, und doch bergen sie auch die ernstzunehmende Botschaft: Wir gehören zusammen, unser Denken und unsere Weltsicht verbinden uns. Heute wird Franz Schoser mit gutem Grund eine Ehrenmedaille verliehen, die ernst gemeint ist, und doch leuchtet dieser Ernst so recht erst auf dem Grund der frohen Gewissheit, dass uns mehr verbindet als nur unser ordnungspolitisches Streben.

Darum sage ich mit großem Respekt: Lieber Franz Schoser, herzlichen Glückwunsch zur Alfred Müller-Armack Verdienstmedaille;

und ich füge augenzwinkernd hinzu: Vielleicht bis bald wieder im Karneval...

Dankeschön.







Preisträger Dr. Franz Schoser

1952 bis 1959 Studium der Wirtschaftswissenschaften in Tübingen, Wien und Köln. 1959 Promotion bei Alfred Müller-Armack. 1957 bis 1973 Industrie- und Handelskammer zu Köln. 1973 bis 2001 Deutscher Industrie- und Handelskammertag, ab 1980 als Hauptgeschäftsführer. Vorsitzender des Fördervereins des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Vorsitzender des Vorstandes der Otto Wolff Stiftung. Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Europäische Politik. Vorsitzender der Stiftung SES Senior Experten Service. Präsident der Gesellschaft für übernationale (deutsch-französische) Zusammenarbeit. Vorstand des Gustav-Stresemann-Instituts. Mitglied des Nationalen Normenkontrollrates (2006 bis 2011).

Laudator Bundespräsident a.D. Professor Dr. Horst Köhler

Von 2004 bis 2010 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Von 2000 bis 2004 geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF). 2012 wurde Horst Köhler vom Generalsekretär der Vereinten Nationen in das High Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda berufen.



Festredner Professor Dr. Andreas Rödder

1986 bis 1991 Studium der Geschichte und Germanistik in Bonn, Tübingen und Stuttgart, 1994 Promotion, 2001 Habilitation, von 2001 bis 2005 Hochschuldozent am Historischen Institut der Universität Stuttgart. Im April 2005 wurde Andreas Rödder zum ordentlichen Professor für Neueste Geschichte an die Johannes Gutenberg-Universität Mainz berufen. Im akademischen Jahr 2012/2013 nahm er die Gerda-Henkel-Gastprofessur an der London School of Economics and Political Science und am Deutschen Historischen Institut London wahr.





Was ist die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft?

Die **Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V.** ist eine wissenschaftliche Einrichtung zur Förderung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft.

Gegründet 1953 und in ihren Anfängen geprägt durch den liberalen Denker Alexander Rüstow, geht ihr Tun von dem Verständnis aus, dass die Wirtschaft als ein Baustein in einer umfassenden gesellschaftlichen Ordnung eingebettet ist. **Es geht um eine Wirtschaft für den Menschen.**

Projekte

MACRO-Planspiel · Soziale Marktwirtschaft im Unterricht · Die Substanz der Sozialen Marktwirtschaft · Moralische Entwicklung und wirtschaftliches Verstehen · Kultur und Wirtschaft · Praktische Weisheit und Soziale Marktwirtschaft – Unternehmerethos im 21. Jahrhundert

Arbeitskreise

Neue Ordnungsökonomik · Neue Sozialpolitik · Ethik und Soziale Marktwirtschaft · Theoriegeschichte · Franz-Böhm-Vorträge

Veranstaltungen

Fachtagungen · Doktorandenseminare · Dialogforen für Studierende · öffentliche Vorträge

Auszeichnungen

Alexander-Rüstow-Plakette · Alfred Müller-Armack Verdienstmedaille

Monatliches Gewinnspiel

Worte zur Sozialen Marktwirtschaft

Blog

Zukunft Soziale Marktwirtschaft

Unterstützen auch Sie Ziele und Arbeit der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft! Wir finanzieren unsere Aktivitäten ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden.

AKTIONSGEMEINSCHAFT

Unsere Aktionen sind: wissenschaftliche Tagungen und Projekte, öffentliche Vorträge und wirtschaftspolitische Beratung. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der ökonomischen Bildung.

Um eine breite Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft zu sichern, ist eine kompetente Vermittlung erforderlich.

Um das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in einer dynamischen, vernetzten Welt lebendig und lebensnah in die Praxis umzusetzen, bedarf es vieler Impulse und unterschiedlicher Perspektiven.

Hierzu stoßen wir Kooperationen zwischen Wissenschaftlern an, veranstalten Gesprächsrunden, suchen den Dialog mit Entscheidungsträgern, ermöglichen einen intensiven Austausch in Arbeitskreisen und diskutieren mit Schülern und Studenten über die Soziale Marktwirtschaft.



Alfred Müller-Armack · 1901–1978

Wirtschaft
für den
Menschen.



AKTIONSGEMEINSCHAFT
**SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT**

In Kooperation mit der



Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. · Mohlstraße 26 · 72074 Tübingen · Telefon +49 (0) 7071 550600 · Fax +49 (0) 7071-550601
mail@asm-ev.de · www.asm-ev.de · Vorsitzender des Vorstands: Prof. Dr. Nils Goldschmidt · Geschäftsführung: Dr. Julian Dörr und Ute Friederich